Protokoll

über die 3. Sitzung des Ausschusses für Soziales der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf am Donnerstag, dem 06.06.2002, im Rathaus Zehlendorf, BVV-Saal.

Anwesende:	siehe Anwesenheitsliste
Beginn:	16:40 Uhr
Ende:	18:45 Uhr
Gäste:	siehe Anwesenheitsliste

Der Ausschußvorsitzende, Herr Bösener, begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erläutert der Ausschußvorsitzende die Ursachen, warum einigen Mitgliedern erst kurz vor der Sitzung die Einladungen zugegangen sind. Er sichert zu, mit dem BVV-Büro und der Postverteilung im Bereich Zentrale Dienste für Abhilfe zu sorgen.

TOP 1: **Bürger-Frage-Viertelstunde**

BV Bösener stellt fest, daß keine Fragen von Bürgern eingereicht wurden.

Top 2: **Antrag der CDU-Fraktion - Drucksache Nr. 149/II - Konzept zum Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung**

BV Bösener weist darauf hin, daß die Angelegenheit im Jugendhilfeausschuß nicht abschließend beraten wurde.

BV Berning begründet den Antrag.

Der Antrag wird ausführlich erörtert.

BV Schmid-Petry regt an, der Verwaltung die Entwicklung eines kostenneutralen Konzeptes aufzugeben.

BzStR Wöpke weist darauf hin, daß die in der Abteilung Soziales vorhandene Schuldner- und Insolvenzberatung aus finanziellen und personellen Gründen allein nicht in der Lage ist, ein derartiges Konzept umzusetzen. Er weist weiterhin auf die Frage der Zuständigkeit für Kinder und Jugendliche hin.

Zwischen den Ausschußmitgliedern besteht nach ausführlicher Erörterung Einvernehmen, den Antrag zu ändern.

BV Berning schlägt folgenden geänderten Wortlaut vor:

Das Bezirksamt wird ersucht, mit Hilfe der vorhandenen Schuldnerberatung ein kostenneutrales Konzept zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor fortschreitender Verschuldung zu entwickeln.

Begründung:
Angesichts der alarmierenden Hinweise von Forschungsinstituten und Inkasso-Unternehmen ist dieses bedrängende Phänomen noch immer nicht ausreichend wahr- und ernstgenommen.

Der Antrag wird einstimmig in der geänderten Fassung angenommen.

<u>TOP 3:</u> **Antrag der SPD-Fraktion - Drucksache Nr. 129/II - Nichtkommerzielle Materialbörse**

BV Bösener weist darauf hin, daß aus dem Jugendhilfeausschuß ein geänderter Antrag vorliegt, der dem federführenden Ausschuß zur Annahme empfohlen ist. Da dieser geänderte Antrag dem BA und einigen Ausschußmitgliedern nicht vorliegt, stellt Herr Bösener zunächst die Änderungen dar.

BzStR Wöpke weist darauf hin, daß die Verwaltung sich bereits zum Ursprungsantrag beraten und Überlegungen zur Umsetzbarkeit angestellt hat. In diesem Zusammenhang wurde auch Kontakt zum Stadtteilzentrum Steglitz e.V. aufgenommen.

Dieses hat durch den Geschäftsführer, Herrn Mampel, Bereitschaft und Interesse signalisiert, an der Einrichtung einer nichtkommerziellen Materialbörse mitzuwirken.

BzStR Wöpke erläutert, daß u.U. die Einbindung in ein IdA-Projekt oder auch eine Verknüpfung mit Maßnahmen des Arbeitsamtes denkbar ist.

Gleichzeitig weist er darauf hin, daß es nach Einschätzung der Verwaltung in vielen Einrichtungen im Bezirk, z.B. in den therapeutischen Gruppen in Heimen, Bedarf an derartigen Materialien gibt.

Das Bezirksamt regt aus personellen und organisatorischen Gründen an, das Betreiben einer solchen Materialbörse nicht dem Bezirk aufzugeben, da dort keine Kapazitäten - z.B. für Lagerung, Abholung, Internetpräsentation etc. - vorhanden sind, sondern einem Dritten, z.B. dem Stadtteilzentrum Steglitz e.V., zu überlassen.

Mehrere Ausschußmitglieder berichten, daß im Jugendhilfeausschuß durch die Jugendamtsleitung ebenfalls Interesse an der Einrichtung einer nichtkommerziellen Materialbörse bekundet wurde und dort Möglichkeiten der Umsetzung gesehen werden.

Herr Lehmann vom Bezirksamt weist darauf hin, daß die Internetpräsentation des Bezirks Steglitz-Zehlendorf bereits über das Stadtteilzentrum Steglitz e.V. abgewickelt wird. Es erscheint vor diesem Hintergrund unproblematisch, auch die - im geänderten Antrag - vorgeschlagene Internet-Nutzung für die nichtkommerzielle Materialbörse zu realisieren.

Nach kurzer weiterer Beratung schlägt der Ausschußvorsitzende vor, über folgenden geänderten Wortlaut abzustimmen:

Das Bezirksamt wird ersucht, sich für eine nichtkommerzielle Materialbörse im Internet-Angebot einzusetzen, in der Betriebe noch verwertbare Restposten oder überzählige Materialien Einrichtungen im Bezirk im sozialen, Gesundheits-, Kinder-, Jugend- und Schulbereich zur Nutzung für pädagogische und therapeutische Angebote und Projekte anbieten können. Die

Materialien werden nicht durch das Bezirksamt zwischengelagert, sondern von den bezirklichen Einrichtungen direkt bei den Firmen abgeholt.

Der Antrag wird in der geänderten Fassung einstimmig angenommen.

TOP 4: **Auswirkungen der Sparmaßnahmen - Aufgabe von Einrichtungen**

BzStR Wöpke unterrichtet die Ausschußmitglieder über ein gemeinsames Schreiben aller Bezirke an die Senatsverwaltung für Finanzen zum Thema „Realisierung der Absenkung im T- und Z-Teil„.

BzStR Wöpke geht weiterhin auf die Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf die Lohnkostenzuschuß- bzw. Festkostenzuschuß-Programme (LKZ bzw. FKZ) ein.

Er teilt mit, daß als Auswirkung der Sparmaßnahmen aus der Abteilung Gesundheit mitgeteilt wurde, daß die Pflichtversorgung psychisch kranker Menschen - mit entsprechenden Auswirkungen auf die Abteilung Soziales - dort nicht mehr sichergestellt werden kann, da infolge der Verlagerung von Z-Mitteln in den neuen T-Teil des Haushaltes bei gleichzeitigem Wegfall der Abfederung eine Deckungslücke von rd. 100.000,- Euro entstehen wird.

Hier hat die zuständige Dezernentin, Frau Otto, darum gebeten zu prüfen, ob die Abteilung Soziales aus ihren Mitteln unterstützend eingreifen kann. Die entsprechenden Prüfungen sind eingeleitet worden. Das Ergebnis steht noch aus.

Herr Imlau vom Bezirksamt ergänzt die Ausführungen. Er stellt dar, daß im FKZ-Programm die Mittel von rd. 2 Mio. Euro im Jahr 2001 auf rd. 116.000,- Euro im Jahr 2002 und im Bereich der Jahresverträge von rd. 1,6 Mio. Euro im Jahr 2001 auf rd. 150.000,- Euro im Jahr 2002 von der Senatsverwaltung gekürzt wurden.

Zur Aufgabe von Einrichtungen berichtet Herr Senoner vom Bezirksamt ausführlich über die Absicht der Abteilung Soziales, die beiden Obdachloseneinrichtungen „Dessauerstraße„ und „Von-der-Trenck-Straße„ zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu schließen und aufzugeben.

Aufgrund einer aktuellen Verlautbarung der Senatsverwaltung für Finanzen, nach der den Bezirken wieder eine Erlösbeteiligung bei der Veräußerung von Liegenschaften zugestanden werden soll, hält das Amt es jetzt für günstig, noch in diesem Jahr die beiden genannten Einrichtungen zu schließen.

BV Schmid-Petry fragt, ob das Amt noch über weitere Villen - vergleichbar der Einrichtung Dessauerstraße - verfügt, die unter finanziellen Gesichtspunkten aufgegeben werden sollten.

BzStR Wöpke macht deutlich, daß es unter den Seniorenfreizeitstätten - zu denen auch dieVilla am Ostpreußendamm 52 zählt - langfristig betrachtet Einrichtungen gibt, die durch das Bezirksamt in ihrer Bausubstanz nicht erhalten werden können - wie z.B. die Freizeitstätten am Gemeindepark oder im Selerweg, die in einfachster Fertigbauweise in den 70’er Jahren errichtet wurden.

Gleichzeitig erklärt BzStR Wöpke nachdrücklich, daß keinesfalls daran gedacht ist, die Begegnungsstätte am Ostpreußendamm 52 etwa deshalb aufzugeben, weil es sich um eine Villa handelt und das Gebäude und das Grundstück vermuten lassen, daß ein hoher Verkaufserlös zu erzielen wäre.

Es sei vielmehr seine Absicht, sofern bei der Sanierung der Seniorenfreizeitstätte Nord Mittel übrig bleiben sollten, diese für die Instandhaltung der Begegnungsstätte am Ostpreußendamm 52

zu verwenden - soweit dies haushaltstechnisch möglich ist, da es sich bei diesem Haus um eine besonders behindertengerechte Einrichtung handelt.

TOP 5: **Bericht aus dem Bezirksamt**

- Herr Imlau - Soz L - berichtet über das mit dem Arbeitsamt eingerichtete gemeinsame Vermittlungsbüro dessen Aufgabe es ist, erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger und insbesondere neue Antragsteller in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln.

  Dieses Büro hat seine Arbeit Anfang Mai 2002 aufgenommen.

  Derzeit befindet sich das Büro in der Vorbereitungsphase, in der die vorgenannten Hilfeempfänger durch entsprechende Erstgespräche mit den Beratern „profiliert„ werden. In diesem Zusammenhang sind insgesamt 464 Personen angeschrieben und aufgefordert worden, ein Beratungsgespräch mit den Mitarbeitern des Büros zu führen.

  In den ersten vier Wochen hat das gemeinsame Vermittlungsbüro bereits insgesamt 8 Hilfeempfänger in eine feste Arbeit vermittelt.

  Herr BzStR Wöpke ergänzt die Ausführungen und stellt die Unterschiede zwischen dem „Kölner Modell„, dem klassischen Fallmanagement und der Steglitz-Zehlendorfer Variante des Gemeinsamen Vermittlungsbüros dar.

- Herr Imlau - Soz L - berichtet über den Fortgang der Einrichtung des Grundsicherungsamtes und stellt den voraussichtlichen Personalbedarf dar. Derzeit muß von einem Stellenbedarf von insgesamt acht Stellen ausgegangen werden. Durch Akten-Abgabe aus dem Sozialamt in das Grundsicherungsamt wird es voraussichtlich nur zu einer Entlastung im Umfang von zwei Stellen kommen, die dann zu verlagern wären, die notwendigen weiteren sechs Stellen sind zusätzlicher Personalbedarf und müssen ggf. neu geschaffen werden.

  Aufgrund der Regelungen des GSiG zeichnet sich ab, daß es zu höheren Ausgaben für den Bezirk kommen wird.

  Über den Fortgang der organisatorischen Vorbereitung wird laufend berichtet werden.

TOP 6: **Verschiedenes**

- Herr BzStR Wöpke berichtet über die Planung eines gemeinsamen Pflegetages in Zusammmenarbeit mit der Abteilung Gesundheit am 27.09.2002 in der Zeit von 8:30 bis 15:00 Uhr.

  Alle Ausschußmitglieder sind herzlich eingeladen an der Veranstaltung teilzunehmen.

- Die nächste Ausschußsitzung findet am **04.07.2002** statt.

Ausschußvorsitzender:	BV Bösener	
Schriftführerin:	BV Kühn	
Protokoll:	Herr Lehmann	Berlin, den 03.07.2002